

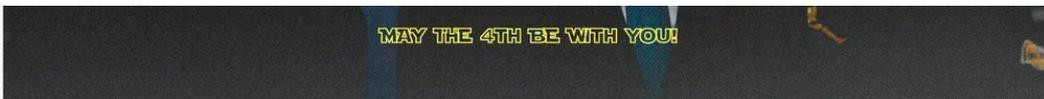


utschland > Künstliche Intelligenz > Künstliche Intelligenz: Wie die Politik versucht, beim Tempo der KI-Entwickl



Politik

Abo



Fotokachel mit KI-Botschaft von Digitalminister Wissing Foto: Bundesministerium für Digitales

**Revolutionäre Technologie**

## **S+** Wie die Politik versucht, beim Tempo der KI-Entwicklung mitzuhalten

Führende Entwickler künstlicher Intelligenzen rufen nach scharfen Regeln für ihre Erfindungen, doch die Politik wirkt überfordert. Handelt sie nicht rasch, könnte es bald zu spät sein.

Von **Markus Becker**, **Sara Guglielmino** und **Marcel Rosenbach**  
19.05.2023, 12.59 Uhr • aus **DER SPIEGEL 21/2023**

**S+** Artikel zum Hören • 16 Min



Ihre ersten parlamentarischen Einsätze hat die Maschine bereits absolviert, souverän und im Geheimen. Im Februar hielt der SPD-Abgeordnete Tiemo Wölken vor dem EU-Parlament [eine Rede](#) über politische Werbung. Keinem von den Kolleginnen und Kollegen sei etwas aufgefallen, erzählte Wölken hinterher. Bis er offenlegte, dass eine populäre KI-Anwendung die Rede für ihn geschrieben hatte.

**Aus: DER SPIEGEL 21/2023** >



### Aufgeheizte Stimmung

Die Wärmewende ist ein Jahrhundertprojekt, an dem kein Weg vorbeiführt. Doch so, wie es gestartet ist, sorgt es für große Unruhe in Politik, Industrie und Gesellschaft. Reise durch ein überfordertes Land – und zu Menschen, die es trotzdem anpacken.

**Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und**

**Analysen im digitalen SPIEGEL.**

[Zur Ausgabe](#)

Es blieb nicht der einzige Auftritt im EU-Parlament, bei dem die revolutionäre Technologie zum Einsatz kam. Ein anderer deutscher EU-Abgeordneter fragte eine KI-Anwendung, ob und wie künstliche Intelligenz reguliert werden sollte – und bat um eine Antwort im Englisch von William Shakespeare. Auch er trug das sprachgewaltige [Ergebnis](#) im Plenum vor. Zentrale Aussage: Die Technologie plädierte selbst dafür, ihr Schranken zu setzen.

ANZEIGE

	<b>Bequem &amp; Stylish</b> Schuhe für Damen und Herren kaufen  zumnorde.de	
	<b>Der Privatkredit</b> Ein Kredit, der so spontan ist wie das Leben.  postbank.de	
	<b>Smart &amp; Safe Home</b> Finde jetzt Sicherheitstechnik für dein Zuhause bei Conrad!  conrad.de	

Das wäre eigentlich Aufgabe der Politik. Dafür allerdings müsste sie das Thema zu fassen bekommen, es beherrschbar machen. Genau dies ist die Frage der Stunde: Kann Politik das noch? Oder ist sie mit ihrem Instrumentenkasten machtlos gegen die rasante Entwicklung der Programme?

Dabei werden die Rufe immer lauter, die Technologie zu regulieren. Ausgerechnet ihre Schöpfer mahnen zur Vorsicht, seit die US-Firma OpenAI im November die Anwendung ChatGPT veröffentlichte und damit einen weltweiten Hype um das Thema künstliche Intelligenz auslöste. Während viele Anwenderinnen und Anwender fasziniert mit den besten Befehlen (»Prompts«) experimentieren, bekommen die Verantwortlichen kalte Füße.

ANZEIGE

## KI kann Cyberangriffe abwehren – und selbst neue Cyberwaffen programmieren

Der ChatGPT-Miterfinder Sam Altman sagte am Dienstag in einer Anhörung [🔗](#) vor dem US-Senat, die Technologie könne beispielsweise missbraucht werden, um mittels Desinformationskampagnen Wahlen zu manipulieren. Er sehe daher akuten Regulierungsbedarf, am besten durch eine internationale Kontrollbehörde, die Lizenzen für vertrauenswürdige Systeme vergeben könnte. Bereits im März hatten mehr als einhundert KI-Forscherinnen und

Unternehmer einen vorläufigen Entwicklungsstopp von mindestens sechs Monaten für besonders leistungsfähige Systeme [gefordert](#) . Üblicherweise reagiere die Politik erst dann, wenn schreckliche Dinge geschehen seien, argumentierte Mitunterzeichner und OpenAI-Mitgründer Elon Musk. »Hier könnte es dafür dann zu spät sein, denn zu diesem Zeitpunkt könnte die KI bereits die Kontrolle übernommen haben.«

Die KI ist ein Thema der Extreme, die Erwartungen pendeln zwischen überschießender Hoffnung auf der einen und Apokalypse auf der anderen Seite. Manche hoffen auf ungeahnte Durchbrüche in Medizin und Forschung, andere fürchten, die Technologie könne besonders tödliche neue Viren und Chemikalien hervorbringen. Sie könne Cyberangriffe abwenden, loben Experten – und selbst Cyberwaffen programmieren und Attacken ausführen, sagen die Mahner.

Dass Bildung und Arbeitswelt sich gravierend ändern werden, gilt als ausgemacht. Noch ist kaum seriös abzuschätzen, wie viele Jobs dadurch wegfallen und welche neu entstehen. Kein Lebensbereich scheint vor den neuen Allmachtsmaschinen sicher zu sein. Auch nicht die Politik selbst.

Der israelische Autor Yuval Noah Harari etwa sieht den gesamten politischen Prozess gefährdet, der ja von der Sprache lebe. Mithilfe von KI ließen sich in Windeseile Falschnachrichten und Verschwörungsmymthen erstellen und verbreiten. »Wenn ich mich mit jemandem unterhalte und nicht mehr unterscheiden kann, ob es sich um einen Menschen oder eine künstliche Intelligenz handelt, ist das das Ende der Demokratie.«

In einem sind sich alle einig: Die Politik muss handeln, möglichst rasch. Der Siegeszug von ChatGPT und von neuen Text-zu-Bild-Generatoren, die aus einfachen Texteingaben realistische Fotos von Donald Trump in Handschellen oder dem Papst im Rapper-Outfit zaubern, erhöht die Dringlichkeit um ein Vielfaches. Plötzlich werden mächtige KI-Programme

zu Massenanwendungen, für jedermann leicht zu bedienen. Experten setzen die wirtschaftliche Bedeutung mit der industriellen Revolution gleich, mindestens aber mit der Einführung des Internets.

Das Beunruhigende ist: Die Politik handelt bereits seit Jahren. Die Frage ist nur, wie effektiv sie dabei ist.

Seit mittlerweile fünf Jahren doktert die EU-Kommission am Thema KI herum. Im Frühjahr 2018, noch unter Jean-Claude Juncker, hatte die Behörde eine KI-Strategie vorgelegt, seither tagten in Brüssel und in Berlin unzählige Expertengruppen und Ethikkommissionen. Der [Bundestag](#) beauftragte eine Enquetekommission, die 2020 bereits einen Abschlussbericht von 800 Seiten produzierte, mitsamt Empfehlungen.

KI-generierte, falsche Festnahmeszene mit Donald Trump Foto: KI Generiert / Elliott Higgins

Doch trotz aller Vorarbeiten wirken viele Politikerinnen und Politiker derzeit wie überrollt. Mit schnellen Regeln für neue Technologien tun sich Berlin und Brüssel von jeher schwer, das war bei Onlineplattformen so und beim Thema Hassrede im Internet. Die KI ist ein noch schwerer zu zähmendes Biest. Die große Frage lautet: Taugen die bekannten, bislang meist bewährten politischen Rezepte und Verfahren dafür noch?

Das Beispiel der KI-Verordnung scheint dagegen zu sprechen. Während sie seit Jahren durch die Mühlen der Brüsseler EU-Bürokratie mäandert, wachsen in den USA und China machtvolle Anbieter von künstlicher Intelligenz heran. Europa hat wieder einmal das Nachsehen. Statt, wie angestrebt, technologisch souveräner zu werden, rutschen die EU-Staaten in eine neue Dimension der Abhängigkeit. Im Jahr 2021 wurden in den USA 299 KI-Start-ups gegründet, in Deutschland gerade einmal 25. Und drei Viertel der seit 2017 etablierten einflussreichen neuen KI-Basismodelle kommen aus den Vereinigten Staaten. Entsprechend riesig ist das Gefälle bei den privaten Investitionen in die Branche (siehe Grafik).

Private KI-Investitionen im internationalen Vergleich

Nach drei Jahren Vorbereitung legte die EU-Kommission im April 2021 ihren Vorschlag für eine »Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz« vor. Im Zentrum stehen die Gefahren. Kernstück ist eine Pyramide mit vier Stufen, sie gliedert Anwendungen in solche mit minimalem, begrenztem, hohem und unannehmbarem Risiko.

Unannehmbar sollen Anwendungen sein, die Menschen gezielt manipulieren oder diskriminieren können. Dazu gehört unter anderem die automatisierte Bewertung und Kategorisierung von Menschen (»social scoring«). Bei begrenzten Risiken soll der Einsatz von KI vor allem transparent sein. So müssten Nutzer informiert werden, wenn sie mit Maschinen statt Menschen kommunizieren – etwa wenn Chatbots »intelligenter« werden und nicht mehr wie heute vielfach Quatsch ausspucken.

Mehr als anderthalb Jahre brauchte der Rat, ehe er im Dezember beschloss, den Vorschlag der Kommission mit kleineren Änderungen zu übernehmen. Danach dauerte es bis zur vergangenen Woche, ehe die beteiligten Ausschüsse des Europaparlaments ihren Entwurf verabschiedet hatten – der im Vergleich zur Kommission noch schärfere Regulierungen enthält. Diesen Entwurf muss nun noch das Plenum absegnen, was wohl erst Mitte Juni geschehen wird. Und dann ist die Schleife noch immer nicht zu Ende.

### **Ob die KI-Verordnung vor der Europawahl fertig wird, ist keineswegs sicher**

Im Anschluss verhandelt das Parlament mit Rat und Kommission über die finale Fassung des Gesetzes. Ob das noch vor der Europawahl im Juni 2024 gelingt, ist keineswegs sicher. Falls nicht, müsste das KI-Gesetz warten, bis sich ein neues Parlament und eine neue EU-Kommission sortiert haben. Wer weiß, was neue Anwendungen bis dahin alles können. Gerade hat Google eine ganze Palette neuer Dienste vorgestellt.

Politik und KI, das erinnert derzeit an ein Rennen zwischen Vespa und Überschalljet.

»Künstliche Intelligenz ist die Grundlage jeder weiteren zukünftigen Entwicklung«, sagt Axel Voss (CDU), Digitalexperte der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. »Wir haben vielleicht noch zwei Jahre, uns für diese Zukunft aufzustellen.« Gelingt das nicht, »sind wir künftig nur noch eine Verbrauchermasse für amerikanische und chinesische Konzerne«.

Aber kann das KI-Gesetz tatsächlich den Rahmen für eine erfolgreiche Aufholjagd Europas bieten? Wohl kaum. Im Vorschlag der Kommission waren vielfältig einsetzbare Anwendungen wie etwa ChatGPT noch gar nicht enthalten – obwohl von ihnen, weil sie unter anderem selbst Computerprogramme schreiben können, wohl die größten Umwälzungen ausgehen.

Immerhin, in den Verhandlungen im EU-Parlament nahmen die neuen Systeme dann breiten Raum ein. »Wir wurden anfangs belächelt für unsere Forderung, auch Mehrzweck-KI zu regulieren«, sagt der Grünen-Europaabgeordnete Sergey Lagodinsky. »Dann kam ChatGPT. Seitdem lacht niemand mehr.« Die FDP-Abgeordnete Svenja Hahn findet sogar, ChatGPT habe »der Debatte zu KI gutgetan«.

Warum?

»Es hat uns drastisch vor Augen geführt, was KI schon heute kann und vielleicht in Zukunft können wird.«

**»Das ist ein Innovationsrennen, und wir sollten dabei sein.«**

Das Thema ist jetzt überall. Kürzlich, an einem Montagabend, hatte Vizekanzler Robert Habeck zu einem seiner »Transformationsgespräche« ins Wirtschaftsministerium geladen. Als Stargast kam Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der EU-Kommission. Es dauerte nur Minuten,

bis die beiden über sogenannte generative KI-Modelle wie ChatGPT redeten – und die Versuche, ihrer politisch Herr zu werden.

## Mehr zum Thema

**5+** **Künstliche Intelligenz: KI-Pionier Geoffrey Hinton warnt vor seiner eigenen Schöpfung** Von Patrick Beuth

**Anhörung im US-Senat: ChatGPT-Macher warnt vor Wahlmanipulation durch KI**

**5+** ***Elon Musk, Arbeitsmarkt und Deepfakes: Klüger fürchten vor KI***

Eine Kolumne von Sascha Lobo

Die dänische Kommissarin verteidigte den europäischen Ansatz als »zukunftsicher«, weil er bestimmte Anwendungen reguliere und nicht die Technologie an sich. Von Moratorien oder Entwicklungspausen halte sie nichts. »Das ist ein Innovationsrennen, und wir sollten dabei sein.« Die KI-Verordnung solle für die notwendigen Leitplanken und einen sicheren Rechtsrahmen sorgen, möglichst schnell.

Es klang, als lief alles nach Plan. Als hinkte die Politik der Technologie nicht längst hinterher.

Gastgeber Habeck wirkte besorgter. Als Wirtschaftsminister sei ihm wichtig, dass die deutsche Umsetzung der Verordnung nicht ausfalle wie bei den EU-Datenschutzregeln – diese sei »megabürokratisch«. Wenn sich dergleichen bei der KI wiederhole, fürchte er einen »Wust von Umsetzungsdetails, sodass kein europäisches Unternehmen mehr mitmacht«, sagte Habeck – mit der Folge, dass Amerikaner und Chinesen den Markt unter sich aufteilten.

**Experten fordern einen ganz neuen Politikansatz**

Mit dieser Sorge ist er nicht allein. Digitalminister Volker Wissing (FDP) warnt seit Monaten vor zu engen KI-Regeln aus Europa – es brauche vielmehr Raum für Innovationen. Zum »Star Wars«-Tag am 4. Mai postete sein Ministerium eine Wissing-Fotokachel mit einem Zitat im Sprachstil von Meister Yoda aus dem Science-Fiction-Epos: »Vor KI dich nicht fürchten musst. Unterstützen sie dich soll!«

Es ist der übliche liberale Ansatz: Bedenken second.

Wissenschaftler, die sich schon länger mit der Regulierung von Technologie befassen, fordern allerdings einen ganz neuen Politikansatz. Urs Gasser von der TU München gehört dazu, bis 2021 lehrte er in Harvard. Für ihn ist die neue Welle generativer KI-Modelle ein »Weckruf« an die Politik. Sie müsse sich von umfassenden Gesetzesvorhaben verabschieden, die alle Aspekte einer Technologie abdecken wollten.

Auch den EU-Ansatz, künstliche Intelligenz in einer Verordnung anwendungsbezogen zu regulieren, hält Gasser für wenig hilfreich – Modelle wie ChatGPT hätten eben unzählige Anwendungsfälle. Und weil die Technologie rasant in ganz verschiedene Bereichen Einzug halte, gleiche der Versuch, sie nach Risikostufen einzuhegen, einer Quadratur des Kreises. Vielversprechender sei es, einzelne Branchen und Gesellschaftsbereiche darauf abzuklopfen, ob dort durch neue KI-Anwendungen bestehende Gesetze angepasst werden müssten. »Das wäre viel zielgenauer und bedeutend schneller«, sagt Gasser.

Linken-Politikerin Domscheit-Berg Foto: Hans Christian Plambeck / laif

Dringend notwendig wäre es, dass Regierung und Parlament sich selbst einmal daraufhin abklopfen, wo sie bereits auf KI zurückgreifen – wo künstliche Intelligenz also bereits an der Entstehung oder Umsetzung von Politik beteiligt ist. Darauf drängt seit Jahren eine Frau, die sich mit dem Thema besser auskennt als viele andere im Berliner Regierungsviertel. Sie fällt dort auch sonst auf, vor allem durch ihr Markenzeichen – Anke Domscheit-Berg trägt gern einen roten Hut.

Die 55-Jährige hat eine bewegte Biografie. Sie arbeitete einst für Microsoft, einen der mittlerweile führenden KI-Akteure. Im Dienst der Beratungsfirma McKinsey half sie der Bundesagentur für Arbeit bei der Digitalisierung. Auch ihre Parteienkarriere ist bunt: Sie war erst bei den Grünen, dann bei der Piratenpartei und zog für die Linke ohne Parteimitgliedschaft in den Bundestag ein, bevor sie 2021 doch noch Mitglied wurde.

Domscheit-Berg leitete bereits in der Enquetekommission den Bereich »KI und Staat«, gerade hat sie die Empfehlungen noch einmal nachgeschlagen. Praktisch nichts davon sei umgesetzt, beklagt sie. Dafür treibt sie die Bundesregierung nun regelmäßig mit kleinen Anfragen. Überhaupt ist die Linke überraschend KI-affin: Domscheit-Bergs ehemalige Enquete-Kollegin Petra Sitte gab den Anstoß dafür, dass kürzlich das

Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestags im Schnellverfahren [eine Einschätzung](#) zu generativer KI verfasste.

### **»Die Bundesregierung hat ChatGPT bereits getestet«, heißt es lapidar**

Mit der Bundesregierung geht Domscheit-Berg hart ins Gericht, sie verschlafe es seit Jahren, die Bevölkerung auf die Folgen vorzubereiten. »Es braucht dank generativer KI-Modelle kaum mehr Kompetenz, um Desinformation, Deepfakes und Infomüll zu erzeugen, aber eine sehr hohe Kompetenz, um manipulierte Inhalte zu erkennen.« Dieses Missverhältnis wirke demokratiegefährdend.

»Der Geist ist längst aus der Flasche, und von der Ampel kommt bisher nicht einmal eine Aufklärungskampagne«, sagt Domscheit-Berg.

Gleichzeitig setzen viele Ministerien und Behörden selbst längst KI-basierte Lösungen ein, wie eine neue kleine Anfrage der Linken gerade ergab. Mehr als hundert Anwendungen listet die Bundesregierung darin auf: Krisenfrüherkennung im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium, Chatbots in der Verwaltung. Auch Unterwasservideos aus Fischaufstiegsanlagen werden durch KI ausgewertet.

Und die neuesten, bahnbrechenden Modelle? »Die Bundesregierung hat die ki-basierte Software ChatGPT auch bereits getestet«, heißt es lapidar in der Antwort auf die Anfrage.

Vollständig ist die Liste nicht, zum Einsatz in Sicherheitsbehörden verweigerte die Bundesregierung unter Verweis auf das »Staatswohl« praktisch jede Auskunft. »Ausgerechnet dort, wo die Grundrechte am ehesten in Gefahr sind, soll es immer weniger parlamentarische Aufsicht über den Einsatz künstlicher Intelligenz geben, das ist völlig inakzeptabel«, sagt Domscheit Berg. »Die Bundesregierung

zeigt Kompetenzdefizite und ungenügendes Risikobewusstsein.«

Domscheit-Berg ist Oppositionspolitikerin, Kritik, auch harte, ist ihr Job. Doch Kompetenz spricht ihr bei diesem Thema niemand ab, deshalb hat ihr Urteil Gewicht. Die Bundesregierung, beklagt sie, sei seit ihrer letzten Anfrage vor gut einem Jahr noch intransparenter geworden – und verspiele dadurch das, was für den Einsatz von KI-Lösungen entscheidend sei: Vertrauen.

Ihr eigenes ist ohnehin begrenzt, nicht erst seit sie ihren Namen in ChatGPT eingab. Die KI habe ihr zwei Dokortitel angedichtet, mehrere falsche Arbeitgeber, sogar das Bundesverdienstkreuz – alles frei erfunden. Aber sehr überzeugend vorgetragen. **S**

Diskutieren Sie mit

[Feedback](#)

ANZEIGE

ANZEIGE

ANZEIGE



**CRAFT HUB**

Holzpuzzle - ab  
6.99EUR -  
Schlussverkauf

**kino.de**

30 Stars, die  
früher ganz  
anders...

**Financial Star News**

Diese  
Wasserstofftechnologie  
und -speicher sind...

**Aktuell in diesem  
Ressort**

**»Wichsvorlagen...  
Staatsanwaltschaft  
ermittelt gegen Ex-  
Chefin der...**

